

# CHRONOS

AGENTUR FÜR ARBEITSZEITFRAGEN

## Reform ArbZG

Entwurf der Bundesregierung vom 10.9.2003

<b>§ 1 Zweck des Gesetzes</b>	Unverändert
<b>§ 2 Begriffsbestimmungen</b>	Unverändert
<b>§ 3 Arbeitszeit der Arbeitnehmer</b>	Unverändert
<b>§ 4 Ruhepausen</b>	Unverändert
<b>§ 5 Ruhezeit</b> (1) Die Arbeitnehmer müssen nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens elf Stunden haben. (2) Die Dauer der Ruhezeit des Absatzes 1 kann in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen, in Gaststätten und anderen Einrichtungen zur Bewirtung und Beherbergung, in Verkehrsbetrieben, beim Rundfunk sowie in der Landwirtschaft und in der Tierhaltung um bis zu eine Stunde verkürzt werden, wenn jede Verkürzung der Ruhezeit innerhalb eines Kalendermonats oder innerhalb von vier Wochen durch Verlängerung einer anderen Ruhezeit auf mindestens zwölf Stunden ausgeglichen wird. (3) Abweichend von Absatz 1 können in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen Kürzungen der Ruhezeit durch Inanspruchnahmen während <del>des Bereitschaftsdienstes oder</del> der Rufbereitschaft, die nicht mehr als die Hälfte der Ruhezeit betragen, zu anderen Zeiten ausgeglichen werden. (4) Soweit Vorschriften der Europäischen Gemeinschaften für Kraftfahrer und Beifahrer geringere Mindestruhezeiten zulassen, gelten abweichend von Absatz 1 diese Vorschriften.	In § 5 Abs. 3 werden die Wörter "des Bereitschaftsdienstes oder" gestrichen.
<b>§ 6 Nacht- und Schichtarbeit</b>	Unverändert
<b>§ 7 Abweichende Regelungen</b> (1) In einem Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags in einer Betriebsvereinbarung kann zugelassen werden, 1. abweichend von § 3 a) die Arbeitszeit über zehn Stunden werktäglich <del>auch ohne Ausgleich</del> zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft <u>oder Bereitschaftsdienst</u> fällt, b) einen anderen Ausgleichszeitraum festzulegen, <del>e) ohne Ausgleich die Arbeitszeit auf bis zu zehn Stunden werktäglich an höchstens 60 Tagen im Jahr zu verlängern,</del> 2. abweichend von § 4 Satz 2 die Gesamtdauer der Ruhepausen in Schichtbetrieben und Verkehrsbetrieben auf Kurzpausen von angemessener Dauer aufzuteilen, 3. abweichend von § 5 Abs. 1 die Ruhezeit um bis zu zwei Stunden zu kürzen, wenn die Art der Arbeit dies erfordert und die Kürzung der Ruhezeit innerhalb eines festzulegenden Ausgleichszeitraums ausgeglichen wird, 4. abweichend von § 6 Abs. 2 a) die Arbeitszeit über zehn Stunden werktäglich hinaus <del>auch ohne Ausgleich</del> zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft <u>oder Bereitschaftsdienst</u> fällt, b) einen anderen Ausgleichszeitraum festzulegen, 5. den Beginn des siebenstündigen Nachtzeitraums des § 2 Abs. 3 auf die Zeit zwischen 22 und 24 Uhr festzulegen. (2) Sofern der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer durch einen entsprechenden Zeitausgleich gewährleistet wird, kann in einem Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags in einer Betriebsvereinbarung ferner zugelassen werden, 1. abweichend von § 5 Abs. 1 die Ruhezeiten bei <del>Bereitschaftsdienst und</del> Rufbereitschaft den Besonderheiten <del>dieser</del>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• In Buchstabe a werden die Wörter "auch ohne Ausgleich" gestrichen und nach dem Wort "Arbeitsbereitschaft" die Wörter "oder Bereitschaftsdienst" eingefügt. Buchstabe c wird gestrichen</li> <li>• In Nummer 4 werden die Wörter "auch ohne Ausgleich" gestrichen und nach dem Wort "Arbeitsbereitschaft" die Wörter "oder Bereitschaftsdienst" eingefügt.</li> <li>• In Absatz 2 Nr. 1 werden die Wörter "Bereitschaftsdienst und" gestrichen und jeweils die Wörter "dieser Dienste" durch die Wörter "dieses Dienstes" ersetzt</li> </ul>

**Achtung! Reformvorschlag, kein geltendes Recht!**

www.chronosagentur.de

Reform ArbZG

Entwurf der Bundesregierung vom 10.9.2003

<p><del>Dienste dieses Dienstes</del> anzupassen, insbesondere Kürzungen der Ruhezeit infolge von Inanspruchnahmen während <del>dieser Dienste dieses Dienstes</del> zu anderen Zeiten auszugleichen,</p> <p>2. die Regelungen der §§ 3, 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 2 in der Landwirtschaft der Bestelungs- und Erntezeit sowie den Witterungseinflüssen anzupassen,</p> <p>3. die Regelungen der §§ 3, 4, 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 2 bei der Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen der Eigenart dieser Tätigkeit und dem Wohl dieser Personen entsprechend anzupassen,</p> <p>4. die Regelungen der §§ 3, 4, 5 Abs. 1 und § 6 Abs. 2 bei Verwaltungen und Betrieben des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstigen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie bei anderen Arbeitgebern, die der Tarifbindung eines für den öffentlichen Dienst geltenden oder eines im wesentlichen inhaltsgleichen Tarifvertrags unterliegen, der Eigenart der Tätigkeit bei diesen Stellen anzupassen.</p> <p><u>(2a) In einem Tarifvertrag oder auf Grund eines Tarifvertrags in einer Betriebsvereinbarung kann abweichend von den §§ 3 und 6 Abs. 2 zugelassen werden, die werktägliche Arbeitszeit auch ohne Ausgleich über acht Stunden zu verlängern, wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfang Arbeitsbereitschaft oder Bereitschaftsdienst fällt und durch besondere Regelungen sichergestellt wird, dass die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht gefährdet wird.</u></p> <p>(3) Im Geltungsbereich eines Tarifvertrags nach Absatz <del>1 oder 2</del> 1, 2 oder 2a können abweichende tarifvertragliche Regelungen im Betrieb eines nicht tarifgebundenen Arbeitgebers durch Betriebsvereinbarung oder, wenn ein Betriebsrat nicht besteht, durch schriftliche Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer übernommen werden. Können auf Grund eines solchen Tarifvertrags abweichende Regelungen in einer Betriebsvereinbarung getroffen werden, kann auch in Betrieben eines nicht tarifgebundenen Arbeitgebers davon Gebrauch gemacht werden. Eine nach Absatz 2 Nr. 4 getroffene abweichende tarifvertragliche Regelung hat zwischen nicht tarifgebundenen Arbeitgebern und Arbeitnehmern Geltung, wenn zwischen ihnen die Anwendung der für den öffentlichen Dienst geltenden tarifvertraglichen Bestimmungen vereinbart ist und die Arbeitgeber die Kosten des Betriebs überwiegend mit Zuwendungen im Sinne des Haushaltsrechts decken.</p> <p>(4) Die Kirchen und die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften können die in Absatz <del>1 oder 2</del> 1, 2 oder 2a genannten Abweichungen in ihren Regelungen vorsehen.</p> <p>(5) In einem Bereich, in dem Regelungen durch Tarifvertrag üblicherweise nicht getroffen werden, können Ausnahmen im Rahmen des Absatzes <del>1 oder 2</del> 1, 2 oder 2a durch die Aufsichtsbehörde bewilligt werden, wenn dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist und die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht gefährdet wird.</p> <p>(6) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Ausnahmen im Rahmen des Absatzes <del>1 oder 2</del> 1, 2 oder 2a zulassen, sofern dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist und die Gesundheit der Arbeitnehmer nicht gefährdet wird.</p> <p><u>(7) Auf Grund einer Regelung nach Absatz 2a oder den Absätzen 3 bis 5 jeweils in Verbindung mit Absatz 2a darf die Arbeitszeit nur verlängert werden, wenn der Arbeitnehmer schriftlich eingewilligt hat. Der Arbeitnehmer kann die Einwilligung mit einer Frist von einem Monat schriftlich widerrufen. Der Arbeitgeber darf einen Arbeitnehmer nicht benachteiligen, weil dieser die Einwilligung zur Verlängerung der Arbeitszeit nicht erklärt oder die Einwilligung widerrufen hat.</u></p> <p><u>(8) Werden Regelungen nach Absatz 1 Nr. 1 und Nr. 4, Absatz 2 Nr. 2 bis 4 oder solche Regelungen auf Grund der Absätze 3 und 4 zugelassen, darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von zwölf Kalendermonaten nicht überschreiten. Erfolgt die Zulassung auf Grund des Absatzes 5, darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von sechs</u></p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nach Absatz 2 wird Absatz 2a eingefügt</li> <li>• In den Absätzen 3, 4 und 5 wird jeweils die Angabe "nach Absatz 1 oder 2" durch die Angabe "nach Absatz 1, 2 oder 2a" ersetzt</li> <li>• Nach Absatz 6 werden Absätze 7, 8 und 9 angefügt.</li> </ul>
--	--

**Achtung! Reformvorschlag, kein geltendes Recht!**

www.chronosagentur.de

Reform ArbZG

Entwurf der Bundesregierung vom 10.9.2003

<p><u>Kalendermonaten oder 24 Wochen nicht überschreiten.</u>  <u>(9) Wird die werktägliche Arbeitszeit über zwölf Stunden hinaus verlängert, muss im unmittelbaren Anschluss an die Beendigung der Arbeitszeit eine Ruhezeit von mindestens elf Stunden gewährt werden!</u></p>	
<p><b>§ 8 Gefährliche Arbeiten</b>  <b>§ 9 Sonn- und Feiertagsruhe</b>  <b>§ 10 Sonn- und Feiertagsbeschäftigung</b>  <b>§ 11 Ausgleich für Sonn- und Feiertagsbeschäftigung</b>  <b>§ 12 Abweichende Regelungen</b>  <b>§ 13 Ermächtigung, Anordnung, Bewilligung</b></p>	<p>unverändert</p>
<p><b>§ 14 Außergewöhnliche Fälle</b>  (1) Von den §§ 3 bis 5, 6 Abs. 2, §§ 7, 9 bis 11 darf abgewichen werden bei vorübergehenden Arbeiten in Notfällen und in außergewöhnlichen Fällen, die unabhängig vom Willen der Betroffenen eintreten und deren Folgen nicht auf andere Weise zu beseitigen sind, besonders wenn Rohstoffe oder Lebensmittel zu verderben oder Arbeitsergebnisse zu mißlingen drohen.  (2) Von den §§ 3 bis 5, 6 Abs. 2, §§ 7, 11 Abs. 1 bis 3 und § 12 darf ferner abgewichen werden,  1. wenn eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitnehmern vorübergehend mit Arbeiten beschäftigt wird, deren Nichterledigung das Ergebnis der Arbeiten gefährden oder einen unverhältnismäßigen Schaden zur Folge haben würden,  2. bei Forschung und Lehre, bei unaufschiebbaren Vor- und Abschlußarbeiten sowie bei unaufschiebbaren Arbeiten zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen oder zur Behandlung und Pflege von Tieren an einzelnen Tagen, wenn dem Arbeitgeber andere Vorkehrungen nicht zugemutet werden können.  <u>(3) Wird von den Befugnissen nach den Absätzen 1 oder 2 Gebrauch gemacht, darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von sechs Kalendermonaten oder 24 Wochen nicht überschreiten.</u></p>	<p>Dem § 14 wird Absatz 3 angefügt</p>
<p><b>§ 15 Bewilligung, Ermächtigung</b>  (1) Die Aufsichtsbehörde kann  1. eine von den §§ 3, 6 Abs. 2 und § 11 Abs. 2 abweichende längere tägliche Arbeitszeit bewilligen  a) kontinuierliche Schichtbetriebe zur Erreichung zusätzlicher Freischichten,  b) für Bau- und Montagestellen,  2. eine von den §§ 3, 6 Abs. 2 und § 11 Abs. 2 abweichende längere tägliche Arbeitszeit für Saison- und Kampagnebetriebe für die Zeit der Saison oder Kampagne bewilligen, wenn die Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden werktätlich durch eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu anderen Zeiten ausgeglichen wird,  3. eine von den §§ 5 und 11 Abs. 2 abweichende Dauer und Lage der Ruhezeit bei Arbeitsbereitschaft, Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft den Besonderheiten dieser Inanspruchnahmen im öffentlichen Dienst entsprechend bewilligen,  4. eine von den §§ 5 und 11 Abs. 2 abweichende Ruhezeit zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels zweimal innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen bewilligen.  (2) Die Aufsichtsbehörde kann über die in diesem Gesetz vorgesehenen Ausnahmen hinaus weitergehende Ausnahmen</p>	<p>§ 15 wird Abs. 4 angefügt.</p>

**Achtung! Reformvorschlag, kein geltendes Recht!**

Reform ArbZG

Entwurf der Bundesregierung vom 10.9.2003

<p>zulassen, soweit sie im öffentlichen Interesse dringend nötig werden.                  (3) Das Bundesministerium der Verteidigung kann in seinem Geschäftsbereich durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung aus zwingenden Gründen der Verteidigung Arbeitnehmer verpflichten, über die in diesem Gesetz und in den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und Tarifverträgen festgelegten Arbeitszeitgrenzen und -beschränkungen hinaus Arbeit zu leisten.                  (4) Werden Ausnahmen nach den Absätzen 1 oder 2 zugelassen, darf die Arbeitszeit 48 Stunden wöchentlich im Durchschnitt von sechs Kalendermonaten oder 24 Wochen nicht überschreiten.</p>	
<p><b>§ 16 Aushang und Arbeitszeitchweise</b>                  (1) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, einen Abdruck dieses Gesetzes, der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen, für den Betrieb geltenden Rechtsverordnungen und der für den Betrieb geltenden Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen im Sinne des § 7 Abs. 1 bis 3 und des § 12 an geeigneter Stelle im Betrieb zur Einsichtnahme auszulegen oder auszuhängen.                  (2) Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die über die werktägliche Arbeitszeit des § 3 Satz 1 hinausgehende Arbeitszeit der Arbeitnehmer aufzuzeichnen und ein Verzeichnis der Arbeitnehmer zu führen, die in eine Verlängerung der Arbeitszeit gemäß § 7 Abs. 7 eingewilligt haben. Die Aufzeichnungen und Nachweise sind mindestens zwei Jahre aufzubewahren.</p>	<p>§ 16 Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• In Satz 1 wird der Halbsatz "und ein Verzeichnis der Arbeitnehmer zu führen, die in eine Verlängerung der Arbeitszeit gemäß § 7 Abs. 7 eingewilligt haben." eingefügt</li> <li>• In Satz 2 wird das Wort "Aufzeichnungen" durch das Wort "Nachweise" ersetzt.</li> </ul>
<p><b>§ 17 Aufsichtsbehörde</b>  <b>§ 18 Nichtanwendung des Gesetzes</b>  <b>§ 19 Beschäftigung im öffentlichen Dienst</b>  <b>§ 20 Beschäftigung in der Luftfahrt</b>  <b>§ 21 Beschäftigung in der Binnenschifffahrt</b>  <b>§ 22 Bußgeldvorschriften</b>  <b>§ 23 Strafvorschriften</b>  <b>§ 24 Umsetzung von zwischenstaatlichen Vereinbarungen und Rechtsakten der EG</b></p>	<p>unverändert</p>
<p><del><b>§ 25 Übergangsvorschriften für Tarifverträge</b>                  Enthält ein bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehender oder nachwirkender Tarifvertrag abweichende Regelungen nach § 7 Abs. 1 oder 2 oder § 12 Satz 1, die den in den genannten Vorschriften festgelegten Höchstrahmen überschreiten, so bleiben diese tarifvertraglichen Regelungen unberührt. Tarifverträgen nach Satz 1 stehen durch Tarifvertrag zugelassene Betriebsvereinbarungen gleich. Satz 1 gilt entsprechend für tarifvertragliche Regelungen, in denen abweichend von § 11 Abs. 3 für die Beschäftigung an Feiertagen anstelle der Freistellung ein Zuschlag gewährt wird.</del>  <del><b>§ 26 Übergangsvorschrift für bestimmte Personengruppen</b>                  § 5 ist für Ärzte und das Pflegepersonal in Krankenhäusern und anderen Einrichtungen zur Behandlung, Pflege und Betreuung von Personen erst ab 1. Januar 1996 anzuwenden.</del></p>	<p>6. Die §§ 25 und 26 werden gestrichen.</p>

**Achtung! Reformvorschlag, kein geltendes Recht!**

www.chronosagentur.de